

Datenschutzverstoß



Artikel 4, Ziff.12

„Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten“ eine Verletzung der Sicherheit, die, ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig, zur Vernichtung, zum Verlust, zur Veränderung, oder zur unbefugten Offenlegung von beziehungsweise zum unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten führt, die übermittelt, gespeichert oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden;

Art5, Abs.1, lit. F

Personenbezogene Daten müssen in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“)

Aus Art 4 und 5 ergibt sich für den Tatbestand der „Verletzung“, dass es unwichtig ist, ob eine aktive Verletzungshandlung, oder eine Unterlassung vorliegt.

Der Verletzungserfolg muss durch ein Sicherheitsdefizit der getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen hervorgerufen werden, wodurch die Integrität und Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten gem. Art. 5 Abs. 1 lit. f DSGVO nicht gewährleistet ist.

Diese mangelhafte Sicherheit beim Verantwortlichen muss zu einer Vernichtung, einem Verlust, einer Veränderung, zur unbefugten Offenlegung oder zum unbefugten Zugang personenbezogener Daten geführt haben.

Es muss sich also um eine Vertraulichkeits-, Integritäts- oder Verfügbarkeitsverletzung handeln.

Artikel 33

Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde

(1) Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten meldet der Verantwortliche unverzüglich und möglichst **innen 72 Stunden**, nachdem ihm die Verletzung bekannt wurde, diese der gemäß Artikel 51 zuständigen Aufsichtsbehörde, es sei denn, dass die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich **nicht zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen** führt. Erfolgt die Meldung an die Aufsichtsbehörde nicht binnen 72 Stunden, so ist ihr eine Begründung für die Verzögerung beizufügen.

(2) Wenn dem Auftragsverarbeiter eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten bekannt wird, meldet er diese dem Verantwortlichen unverzüglich.

Voraussetzung für eine Meldepflicht ist also:

- Verletzung der Integrität oder Verfügbarkeit oder Vertraulichkeit durch unzureichende TOM
- Ein Zugriff auf personenbezogene Daten erfolgt ist
- Ein Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen besteht
- Das Sicherheitsrisiko liegt im Verantwortungsbereich der Verantwortlichen Stelle

Artikel 34

Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person

(1) Hat die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich ein **hohes Risiko** für die persönlichen Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so benachrichtigt der Verantwortliche die betroffene Person **unverzüglich** von der Verletzung.

(2) Die in Absatz 1 genannte Benachrichtigung der betroffenen Person beschreibt **in klarer und einfacher Sprache die Art der Verletzung des Schutzes** personenbezogener Daten und enthält zumindest die in Artikel 33 Absatz 3 Buchstaben b, c und d genannten Informationen und Maßnahmen.

(3) Die Benachrichtigung der betroffenen Person gemäß Absatz 1 ist nicht erforderlich, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) der Verantwortliche geeignete technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen getroffen hat und diese Vorkehrungen auf die von der Verletzung betroffenen personenbezogenen Daten angewandt wurden, insbesondere solche, durch die die personenbezogenen Daten für alle Personen, die nicht zum Zugang zu den personenbezogenen Daten befugt sind, unzugänglich gemacht werden, etwa durch Verschlüsselung.

b) ...

Häufige Ursachen von Datenschutzverstößen gem.
Aufsichtsbehörde Sachsen-Anhalt

Meldeformular Datenschutzverstoss